

Die 'Idee' Europäische Union braucht engagierte Bürger

(Selzer, 2012)

Wir derzeit Lebenden erfahren Umbrüche von gesellschaftlichen Zuständen, welche Jahrzehnte lang unangefochten waren, wir erleben Eingriffe in individuelle und kollektive Besitz-Stände, die lange als Zukunft-gesichert galten.

Wir sind Zeit-Zeugen, wie sich das Staats-politische Umfeld, in dem wir beheimatet sind, verändert.

Wir erleben die Fortschreibung der Demokratie in Deutschland, womit die Bürger Schritt für Schritt ihre Mitwirkung ausbauen, und wir hoffen zu erleben, wie die Europäische Union - ebenfalls in Schritten - ihr institutionelles Demokratie-Defizit abbaut.

1 Demokratien auf Prüf-Ständen

Auch Demokratien werden auf Prüfständen diversen Checks unterzogen, und die Befunde öffentlich gemacht: Ob das die PISA-Organisationen für die Schul-Systeme leisten, Rating-Agenturen für Finanz-Systeme, NGOs für die Menschenrecht-Verletzungen, Umwelt-Verbände für Nachhaltigkeit-Analysen, investigative Journalisten für die breite Palette von Mißständen, Organisationen oder einzelne Bürger für das Gemeinwohl insgesamt, das jeweils Bestehende muß kritischen Nachfragen Stand halten. So auch die Demokratien in Europa.

a Den einen und einzig richtigen *Demokratie-Zustand* wird es nicht geben, dazu sind die Staats-Völker und die menschlichen Kollektive zu inhomogen. Die Vielfalt ihrer Regeln, Tabus, Gesetze, Ideale, Kulte, Rechts-Anschauungen ist Kulturen-bedingt groß.

Auf dem Prüfstand kann sich Verschiedenartigkeit jeweils in den Qualität-Niveaus erweisen. Es wird bisweilen auch das Erreichen gesetzter Ziele dokumentiert. Vergleiche der Effizienz von Organen und Institutionen nach vor-vereinbarten Kriterien ergeben

Ranking-Listen. Oder es kann die In-sich-Stimmigkeit einer Gesetzgebung mit der Verfassung durch oberste Gerichte geprüft werden.

(>> <http://www.democracyranking.org/en/media.htm>)

b *Demokratien-Pluralismus*. Sprechen wir von Demokratie, erinnern manche nur das vertraute und durchschaute Demokratie-Modell der BRD. Dabei ist dieses lediglich eine von vielen Entwicklung-Formen an Demokratien, die es weltweit gibt.

Um dem Verständnis von Demokratie näher zu kommen, genügt es nicht mehr, sich auf die 2.500 Jahre alten Konzepte zu beziehen, wie sie uns aus Hellas überliefert sind. Das waren in den meisten Fällen Einfluß- und Entscheidungs-Modelle, welche nur für freie Männer einer begüterten Schicht (Klasse) konzipiert und reserviert waren.

c Die moderne *parlamentarische Demokratie* ist ein über 200 Jahre alter Ansatz mit unterschiedlichen Ausprägung-Formen in den Ländern, welche sich bisher auf diese Staatsform eingelassen haben. Ein "Parlament soll garantieren, dass gemeinwohlorientierte politische Entscheidungen demokratisch legitimiert zustande kommen"

(>> <http://www.bpb.de/izpb/8374/parlamentarische-demokratie>). Bürger in aufgeklärten Gesellschaften erwarten aber heute von der Verfassung ihres Landes, daß ein parlamentarisches Prinzip mit Regierung und Opposition installiert ist, und daß die personelle Zusammensetzung der legislativen Organe auf der Grundlage allgemeiner, gleicher und direkter Wahlen erfolgt.

Im Zuge der frühen Aufklärung wurden in Europa und in Nord-Amerika unterschiedliche Modelle erstritten und in Verfassungen festgeschrieben.

d Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wird (bisweilen experimentell) versucht, politische, gesellschaftliche, kulturelle - letztlich meist ökonomische - Entscheidungen vorab mit Bürger-Voten zu stabilisieren. Weit gefaßte *Bürger-Beteiligung* erlangt in vitalen Demokratien im Zuge mediativer Verfahren zunehmend Anerkennung, um gesellschaftlich-politischer Auseinandersetzung zwischen kontroversen Meinungen frühzeitig den Stachel eines drohenden destruktiven Kampfes zu nehmen.

Bürger-Beteiligung bei Planungs-Prozessen wird seit Jahrzehnten in Deutschland erstritten, eingeklagt, und Schritt-weise ist sie hier und da erreicht worden. Allerdings haben alle an solchen Prozessen Beteiligten Verfahren-technisch noch viel zu lernen, vor

allem ein mediatives Grundmuster zu akzeptieren. Konsens-Regeln können Gemeinschaft-schädliche Auswüchse verhindern. (>> <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de>)

Versuche, mittels Bürger-Beteiligung den Akzeptanz-Pegel für die praktizierte Politik bei Bürgern zu heben, zeigen durchaus Erfolge. Dazu braucht es - mehr als bisher - Leistung-bereite Bürger, auch außerhalb des etablierten Politik-Betriebs stehende, welche ihre Kompetenzen und ihre Redlichkeit dazu einbringen. Solche Persönlichkeiten sind in jeder Gesellschaft vorhanden.

In Pappenheim haben wir seit 2012 zudem einen Ort, das Europäische Haus, von dem aus politische Bürger-Beteiligung sich Schritt für Schritt weiter entwickeln lassen wird.

e Aus demografischen Entwicklungen sind angemessene Konsequenzen zu ziehen, zum Beispiel vermittelt einer Zeit-gemäßen Bewertung des *Ehrenamtes in der Demokratie*. Das in den Jahrzehnten der entlohnten oder honorierten Beruf-Arbeit angesammelte Wissen, Erkennen und praktische Können ist ein enormes Potential; es kann der Gesellschaft weiterhin dienen und nützen.

Die fortlaufend älter werdende Bevölkerung schafft sich derzeit Organe und Formen nach-beruflicher - auch politischer - Entfaltung. Die Gesellschaft benötigt solche; sie möge für deren öffentliche Anerkennung sorgen und ggf. Bedarf-gerechte Honorierung zusichern.

(>> http://www.didaktik-labor.de/akt-Seiten/JW_11-12.pdf)

f Im Kontext '*aufgeklärte Bürger*' auf einen 64 Jahre alten Basis-Text zu verweisen, erscheint mir im Hinblick auf die politischen Strukturen der im Wandel begriffenen Neu-Ordnungen - gerade derzeit in Europa - dienlich zu sein. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Resolution 217 A (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 (>> <http://www.ohchr.org/en/udhr/pages/language.aspx?langid=ger>) gilt als der weit-reichende Ansatz, der in einigen Ländern der Welt im Prinzip und in anderen in weiteren Details zur Umsetzung ansteht.

2 EU-Europa

a *Die EU als Idee*, als ideales Denk-Muster, ist unterstützenswert. Deshalb mein

Engagement für die Idee einer derzeitige Grenzen überschreitenden Solidar-Gemeinschaft.

Es sprechen genügend Argumente für den weiteren Integrations-Prozeß der bestehenden nationalen Einheiten zu einem neuen Staats-Gebilde, so etwa

- die Verminderung der Gefahr von nationalen Kriegen durch eine politische Integration divergierender Interessen / Organe / Funktion-Inhaber auf über-nationalen Ebenen,
- die Verminderung nationalistischer Emotionen durch Bündelung von Interessen auf wesentlich höheren Niveaus,
- die für Bürger einsichtige Herausarbeitung von europäischen Gemeinsamkeiten mittels kultureller, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, persönlicher Begegnung in erweitertem Umfang.

... Neben diesen wenigen hier genannten sind *gute Gründe pro EU* in zusammenfassenden Stellungnahmen publiziert, so z.B. in (>> http://www.europa-waechst-zusammen.de/pro_contra.php).

b *EU in den Krisen*

Der Begriff 'Krise' war in 2012 wohl die verbreitetste Assoziation zur EU. Seit den Finanz-Krisen in Irland (2010), spätestens seit Portugal (2011), Spanien (2012), Italien (2011), Zypern (2012), vor allem aber seit Griechenland (2010) wird über die Krisenverursachenden Konstruktions-Mängel der politischen Organisation der EU berichtet und diskutiert. Überblicke dazu in

(>> http://www.lpb-bw.de/euro_krise.html) und in (>> http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/kampf-gegen-den-zusammenbruch-der-waehrungsunion-so-frisst-sich-die-schuldenkrise-durch-europa_aid_645382.html).

c *EU als Mängel-Konstrukt ?*

Als ein strukturelles Demokratie-Defizit wird das in der EU nicht vorhandene Staats-Volk genannt. Diese eher Staats-rechtliche Diskussion tritt in den Hintergrund gegenüber dem institutionellen Demokratie-Defizit. Damit werden Mängel im bestehenden politischen System der EU zusammengefaßt benannt.

So wird der Ministerrat als Gesetzgebungs-Organ kritisiert; der wird - je nach Sachgebiet unterschiedlich - zusammengesetzt aus Regierung-Mitgliedern der 27 Staaten; diese haben aber auf EU-Niveau keine demokratische Legitimation. "Diese Form des Exekutivföderalismus führt dazu, dass im Rat die Gewaltenteilung zwischen (supranationaler) Legislative und (nationaler) Exekutive nicht stattfindet"

(>> http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratiedefizit_der_Europ%C3%A4ischen_Union). Insofern ist "die konsequente Demokratisierung des europäischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesses" ein bisher nicht erreichtes Ziel.

Organe und Strukturen der Europäischen Union sind nach dem Stand 2012-10 dargestellt in (>> http://www.crp-infotec.de/02euro/system/grafs/eu_organe_komplex.gif).

Eine im Herbst 2012 pro EU erschienene Streit-Schrift von Robert Menasse (Der Europäische Landbote. Zsolnay, Wien, 2012, ISBN 978-3-552-05616-9) beschreibt unter anderen drei *Konstruktions-Fehler der Europäischen Union* ::

* Eine wirksame politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Union braucht sehr viel mehr Kompetenzen, als ihr derzeit von den starken National-Regierungen zugestanden werden.

* Das einzige per Wahlen demokratisch legitimierte EU-Organ ist das EU-Parlament; aber das verfügt immer noch über nur eingeschränkte legislative Kompetenzen.

* Die zentrale Kritik, welche Menasse heraus arbeitet ist, daß die Regierungs- und Staats-Chefs der 27 Länder / Staaten von Ihren Wählern vor allem dazu legitimiert wurden, ihr Staatswesen als national-staatliches Gebilde gegenüber 'Brüssel' zu verteidigen und die jeweiligen sog. nationalen Interessen in 'Brüssel' vehement zu vertreten. Gerade diese - in ihren Regierungen mit nationalen Aufgaben betrauten - PolitikerInnen sollten aber in der EU eine Politik verfolgen, welche langfristig die nationalen Staaten Schritt-weise entmachtet, um eine starke und politisch wirksame Europäische Union zu ermöglichen. Eine un-Logik per se.

Menasse weist einigen potenten EURO-Ländern (allen voran Deutschland, und in gewissem Umfang auch Frankreich) national-egoistisches Verhalten nach. Er mahnt zu Bewußtsein ändernden Denk- und Verhalten-Weisen der Bürger gerade in den zentralen Ländern, welche die Hauptgewinner der EU-Wirtschafts- und Währung-Politik sind.

>> Jede Zusammenfassung verkürzt die dargelegten Details. Solche Verkürzung ist in diesem Falle akzeptabel, um das Dilemma der EU trotz der oft verwirrenden Nachrichten-Lage begreifbar zu machen. <<

d *EU-Organe im steten Wandel*

Über EU-Politik (wie sie in Berlin und Brüssel gemacht wird) nachzudenken, sich ein Urteil zu bilden und darüber sich zu äußern, das ist wichtig. Wenn deutsche und europäische Bürger sich heute vor der causa Europa drücken, sie nicht mit hoher Ernsthaftigkeit erörtern, demonstrieren sie Zukunft-Verzagen, befördern sie tendenziell Zukunft-Versagen.

Die Europäische Union ist seit 55 Jahren (EWG, 1957) in einem Werde-Prozeß. Das bis heute Erreichte markiert nur ein Etappen-Ziel. Bedenke ich die in dieser Zeitspanne durchgeführten Reformen, bedenke ich ferner, daß Politiker diverser Staaten und unterschiedlicher Parteien die EU weiter-denken, so wird deutlich, die Europäische Union ist heute ein vitales Gebilde, und Krisen mögen die Chancen zum optimierten Weiter-Gedeihen aufdecken.

Wo sehe ich Besserung-Bedarfe ?

- In der unvollständigen demokratischen Legitimation politischer Organe,
- in unverhältnismäßigen Größen- und Gewichte-Unterschieden der einzelnen 'nationalen Gebilde' bezogen auf die Einfluß-Verteilung.
- Ein primärer Konstruktions-Mangel war eine über-Betonung von ökonomischen Interessen,
- ferner die lange währende Untätigkeit gegenüber dem spekulativen Banken- und Börsen-Treiben.
- Eine bisweilen intransparente Geschiebe-Lage zwischen Legislative und Exekutive ist anders zu ordnen.

Wo ich mir bessere Lösungen erwarte ::

- In der stärkeren Regionalisierung mit dem Ziel, das Gewicht der Regionen zu erhöhen und das Gewicht der Groß-Nationen zu verringern,
- in PR und öffentlicher Aufklärung, um vermittels breit angelegter Erwachsenen-Bildung an vielen Orten der EU eine Entscheidungsfördernde Europa-Bildung zugänglich zu machen, ferner
- daß häufiger WIR-Erfahrungen ermöglicht werden vermittels differenzierter Beteiligung und erweiterter Mitwirkung.

e Eine zwischenzeitlich von immer mehr EU-Bürgern erkannte aber noch nicht laut zu äußern gewagte Konsequenz ist aus den systemischen Verwerfungen der letzten 4 Jahre zu ziehen :: Der Schritt-weise Rückbau von nationalen Regierungs-Zuständen zugunsten über-nationaler Organe ist in die Wege zu leiten. Denn, die derzeit gängigen National-Staaten-Prinzipien und eine wirksame EU-Verfassung schließen einander auf lange Sicht aus.

Europa-Politik ohne die bewußte Einbindung der Bürger ist ein Torso. Europa-Politik ohne Zustimmung vieler Bürger gerät in große Gefahren, daß sich Verwerfungen in den Bürgerschaften auftun, Verwerfungen zwischen den Regionen, zwischen den National-Staaten, und zwischen Bürgern und EU-Politikern.

Dazu ein Zeit-aktuelles Beispiel :: Ob alle halbes Jahr ein im Länder-Alphabet folgender Staats-Chef als Rats-Präsident der

höchste Repräsentant der EU werden müsse, darüber sollte man angesichts der erlebten Problematik eines zyprischen EU-Präsidenten (2012/II) nachdenken. Eine Art 'Pflicht-Kandidaten', wie bisher, von den Staats- und Regierung-Chefs Turnus-mäßig abnicken zu lassen, das wird der Bedeutung der EU nicht gerecht. Wenn schon alle National-Staaten einmal 'dran' sein sollen, dann wäre es geeigneter, sie für das halbe Jahr als *EU-Paten* eine kleine bescheidene Rolle spielen zu lassen.

Als Rats-Präsident wäre dagegen eine erfahrene, national-Regierung-unabhängige Persönlichkeit vom Europäischen Parlament zu wählen.

f *EU - ein Mit-mach-Projekt*

Gerade weil die Krise derzeit besonders gefährlich ist, gerade weil Konstruktion-Mängel der EU unübersehbar sind, gerade darum ist heute ein engagiertes Mit-Wirken vieler Bürger auf dem Weg zu einer soliden Europäischen Union besonders nötig.

Ich plädiere - auch deshalb - für einen *Europa-politischen Denk-Zirkel im EHP* etwa unter dem Slogan :: *Wir + Europa, eine Bürger-Initiative für eine parlamentarisch legitimierte Europäische Union.*

Unsere Region (verstanden als Teil-Schnitt-Menge aus Mittelfranken, Oberbayern und Schwaben) kann Initiativen gut gebrauchen :: Innovative Initiativen kommen eben bisweilen aus der Provinz.

3 Europäisches Haus Pappenheim

Wir verfügen in Pappenheim seit Ende 2012 über ein wertvolles Gut, das Europäische Haus (EHP). Dessen im deutschen Sprachraum im Konzept Konkurrenz-loser Ansatz konnte in Pappenheim verwirklicht werden.

Das ist ein eindrucksvoller Nachweis dafür, daß das Synchron-Wirken von regionaler Politik, Bürger-Innovation und weit-sichtigen Fördermittel-Gebern Bedeutsames hervorbringen kann.

Daß sich eine relativ kleine Kommune so deutlich Europa-politisch positioniert, ist den weit-sichtigen Stadt-Parlamentariern zu danken und allen voran Bürgermeister Sinn, der diese Innovation bisher zu einer Erfolg-Story machte.

Zu danken ist das Erreichte dem Zusammenwirken der Staatsregierung in München, der Bezirks-Regierung in Ansbach und dem Landkreis Altmühlfranken.

Darüber hinaus waren u.a. über die LAG Monheimer-Alb auch Brüssel, also die EU direkt, an dem Projekt beteiligt.

Das Europäische Haus ist als saniertes Bau-Denkmal mit seinem Umbau (weitgehend) fertig; es ist personell besetzt, es hat seine Arbeit aufgenommen.

Zur Europa-politischen Bildung im Europäischen Haus Pappenheim.

Das EHP ist angelegt als ein Ort, an dem Anspruch-volle und dennoch jedermann zugängliche, verständliche und ansprechende Erwachsenen-Bildung im Sinne des Engagements *für die politische Entwicklung Europas* ermöglicht wird. Region-weit und darüber hinaus möchte das EHP zum Mit-dabei-Sein anreizen.

Im EHP sehe ich ein *Europa-politisches Fitness-Studio* (für die Region Mittelfranken und weit darüber hinaus). *An und mit der Europäischen Union lernen* ist eine Form Zeit-gemäßer Kultur- und Bildung-Arbeit.

a Hervorgehobenes Anliegen sind die *Politik-Diskurse als Instrumente der Bürger-Beteiligung*. Dieses Haus ist als Diskurs-Ort angedacht, wo Bürger ihren Einfluß auf die EU sich erarbeiten werden, wo in Bildung-Veranstaltungen und bei Diskussionen unterschiedlicher Niveaus die aktuellen wie auch die grundsätzlichen Themen erörtert und diskutiert werden, Themen, welche in dieser Zeit Millionen Menschen umtreiben - sollten.

b Ein weiter gestecktes Ziel ist neben Beteiligung die *Mitwirkung der Art,*

- daß viele Bürgerinnen und Bürger zur Durchsetzung parlamentarisch demokratischer Strukturen in der EU beitragen und mit ihrer Denk- und Argumentations-Arbeit beteiligt sein können;

- daß sie mitwirken an der Willensbildung im sekundären Wirk-Zusammenhang, so durch Stellungnahmen, Bürger-Begehren, Petitionen, Eingaben etc.,

- oder per Publikationen in öffentlichen Medien, im Internet, in Fachorganen ihre Positionen markieren.

c Zur Dienstleistung des EHP gehört, Information bereitstellen und Politik-Dispute veranstalten über *generelle EU-Fragen*, welche allgemein interessieren dürften, etwa

- Die EURO-Krise bzw. die Finanzmarkt-Krise :: Ursachen, Folgerungen, Konzepte für politisches Handeln.
- Die Unabhängigkeit der EZB vor dem Zugriff nationaler Politik oder Brüsseler Beschlüsse.
- Die Banken-Politik der EU :: Hoch-spekulative Banken-Geschäfte bei Großbanken, bei System-relevanten Banken, bei regionalen Geld-Instituten. Wo verlaufen welche Grenzen?
- Institutionelle Demokratie-Defizite der EU :: Kritik am Wahl-System, Kritik an der teilweisen Intransparenz von legislativen und exekutiven Prozessen in Organen der EU.
- Die EU befindet sich in ständiger Veränderung; deshalb sind die jeweiligen Prozeß-Stadien der Entwicklung der EU zur Diskussion zu stellen.
- Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts und seiner Urteile bezüglich der deutschen EU-Politik :: Das Grundgesetz der BRD und eine künftige EU-Verfassung.
- Was könnte / Was sollte auf den Vertrag von Lissabon (2007) folgen?
- Bewertung der Angemessenheit der Regulierungs-Politik durch Brüssel :: Zwischen nötiger Regulierung und Über-Regulierung. ... Soweit einige Beispiele aus der Fülle von allgemein-interessanten Themen.

d ... und Informationen / Politik-Dispute über *regionale Aspekte*, welche die Bürger der Regionen interessieren dürften ::

- Förder-Modelle und Maßnahmen für die regionale Entwicklung.
- Welche Transfers bezieht die Region (Stadt, Landkreis, Bezirk, lokale Aktions-Gruppen etc.) aus Mitteln der EU?
- Stand und künftige Perspektiven der EU-Agrar-Förderung.
- Welche Auswirkungen hat die Europäisierung insgesamt auf die Region?
- Periodische Information über Verbraucher-Rechte, Berufe- und Arbeits-Recht, Datenschutz etc. (in der Wirk-Kette Brüssel - Berlin - München).

... Soweit einige Beispiele aus der Fülle regional-wichtiger Themen.

e *Gespräche mit Fach-kompetenten Gästen* organisieren und die Ergebnisse auswerten ::

- Mit EU-Parlamentariern, mit den bayerischen MdEP,
- mit Beamten der EU-Verwaltung (der sogenannten Generaldirektionen), also mit EU-Mitarbeitern von hoher Fach-Kompetenz,
- mit Bundes- und Landes-Politikern, welche die EU-Politik kennen und dort selbst agieren,
- mit (meist regionalen) Institutionen, Organen, Firmen, welche ihre Sicht bezüglich der EU-Politik mit Bürgern diskutieren wollen.

... Diese institutionelle Bandbreite soll (Region-weit und darüber hinaus) BürgerInnen zum Mit-dabei-Sein einladen und anregen.

f *Methodische Vielfalt* entwickeln und praktizieren, so zum Beispiel mittels Handlungs-aktiver Szenarien-Verfahren ::

- Was-wäre-wenn-Szenarien und
- Was-wäre-wenn-nicht-Szenarien.

Damit können Potentiale ebenso wie Risiken von Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen erkennbar und argumentativ nutzbar werden.

Die weiteren (hier nicht dargestellten) *Aktion-Felder des Europäischen Hauses Pappenheim*, also *Sprachen, Kultur- und Länder-Kunden* sowie *europäische Begegnungen* bilden in ihrer Gänze und in der Schlüssigkeit ihres Zusammenhangs ein Grundmuster für integrative Erwachsenen-Bildung. Sie markieren einen Weg für weit blickende Bürger zu einer demokratisch und parlamentarisch legitimierten Europäischen Union.

(>> <http://www.didaktik-labor.de/W-Feld/W-EHP/W-EHP-11.html>)

Ein Ansatz einer *politischen Selbst-Verpflichtung* könnte lauten ::

Bürger unserer Region werden sich um die soziale und ökonomische Struktur-Entwicklung in Europa nachhaltig bemühen; sie werden ihr Engagement zur weiteren Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie in der EU einsetzen.

In diesem Sinne grüßt Sie zum Jahreswechsel /
grüßt Euch
Helmut M. Selzer

DLS

Helmut M. Selzer - Didaktik-Labor
Rosengasse 3, D-91788 Pappenheim
Fon: 09143/ 84 07-0
selzer@didaktik-labor.de
<http://www.didaktik-labor.de>

W2!hms-2012-13-JW_EU-5.odt

2012-12

>> Die angebotene Auswahl informativer Webseiten aus der Fülle des Internets ist bedacht; aber sie gibt keine Gewähr, daß die jeweils beste Darstellung zu dem bezogenen Teil-Thema herangezogen wurde. <<

Der Link zurück zur Web-Seite

www.didaktik-labor.de/akt-Seiten/akt-12.html